AKTUELLE INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS 195 UND DEM BUNDESTAG VON MdB PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN

KAUFMANN Aktuell

Winter 2022/23

ENERGIEWENDE GESCHEITERT
Wissenscaftler fordern Nutzung der Kernkraft
Seite 4

UNGEBREMSTE MIGRATION
Innenministerium ahnungslos
Seite 3

IMPFNEBEN-WIRKUNGEN
Lauterbach duckt sich weg
Seite 5

Krise, wohin man schaut

Rot-grüne Ideologie droht unser Land zu zerstören

Geht es Ihnen auch so? Man möchte schon gar nicht mehr in die Zeitung oder die Nachrichten schauen. Ständig neue, existenzbedrohende Probleme. Und eine Regierung, deren Entscheidungen so offensichtlich falsch und schädlich sind, das es einen graust.

Doch ich möchte Ihnen heute Mut machen. Denn es gibt Lösungen. Wie genau die aussehen könnten, das erkläre ich Ihnen gerne auf den folgenden Seiten.

WIE KONNTE ES SOWEIT KOMMEN?

Doch lassen Sie mich zunächst erläutern, wo die eigentliche Wurzel unserer heutigen Probleme liegt.

Ungefähr seit der Jahrtausendwende ist zu beobachten, dass politische Entscheidungen immer weniger am Wohl der deutschen Bürger orientiert sind, sondern ganz anderen Interessen dienen.

Da sind Banken auf einmal „to big to fail“ und der deutsche Steuerzahler muss dafür aufkommen, dass gierige Bankmanager sich verzockt hatten. Euro-Länder, die praktisch pleite sind, werden mit deutschem Steuergeld gerettet. In beiden Fällen wird von der EZB Geld auf den Markt geworfen, für das es keinen Gegenwert gibt. Die Lehrbuch-Formel für Inflation.

Parallel dazu seit 2002 die nicht durchdachte so genannte Energeiwende mit dem überhasteten und viel zu frühen Ausstieg aus der Kernenergie und Kohle.

2015 wurde die Kontrolle über unsere Grenzen aufgegeben und mehr als eine Million Menschen aus einem fremden Kulturkreis strömten ungehindert ins Land. Ein in der Menschheitsgeschichte einmaliges gesellschaftliches Experiment mit fatalen Folgen.

Und schließlich, seit 2020, der völlig überzogene und destruktive Umgang mit der Corona-Pandemie.

Jede einzelne dieser Fehlentscheidungen machte unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft instabiler und anfälliger. So brauchte es nur noch den passenden Auslöser, um das Kartenhaus zum Einsturz zu bringen. Und der kam dann auch mit dem Krieg in der Ukraine und den selbstmörderischen Sanktionen als Reaktion darauf.

WARUM MACHT MAN SOWAS?

Die Frage nach dem Warum ist die Frage nach der Motivation und Motive sind naturgemäß schwer zu ergründen. Dennoch ist es möglich, ein paar Schlüsse zu ziehen.

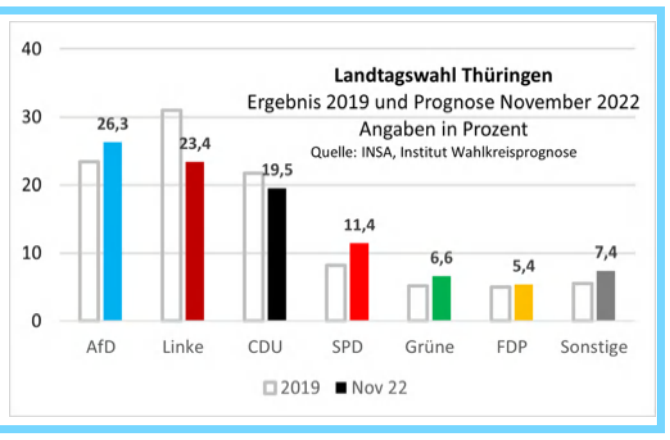
In allen gerade genannten Fällen, standen andere Interessen als die des deutschen Volkes im Vordergrund. Und jedes Mal hat Deutschland einen hohen Preis dafür bezahlt. Ideologen des links-grünen Zeitgeistes konnten mit Deutschland ja noch nie viel anfangen. Darum hatte man auch keine Scheu, ein ums andere Mal Entscheidungen zu treffen, die den Banken, den südeuropäischen Euro-Ländern, den Wirtschaftsmigranten und der Profiteueren der Energiewende dienten, Deutschland aber großen Schaden zufügten.

Ob wir es wollen oder nicht, als Nation, als Volk, sind wir eine Schicksalsgemeinschaft. Darum ist es die erste Pflicht jeder deutschen Regierung, das Wohl dieser Gemeinschaft zu fördern. Wer andere Interessen in den Vordergrund stellt, hat an der Spitze eines Volkes nichts zu suchen.

Aber noch ist es nicht zu spät, das Ruder herumzureißen. Wir brauchen dringend Lösungen und eine Regierung, die pragmatisch-zupackend die Ursachen der Krisen bekämpft. Genau darum soll es in dieser Ausgabe gehen.

AfD im Aufwind

Die Alternative für Deutschland erfreut sich eines wachsenden Zuspruchs. Nicht nur, dass wir in Thüringen, Sachsen und Brandenburg in Umfragen derzeit stärkste Kraft sind, selbst in den meisten westdeutschen Bundesländern kommen wir inzwischen auf zweistellige Zustimmungswerte. Unsere durchdachten Konzepte und die konstruktive Oppositionsarbeit werden immer stärker gewürdigt. Ein Grund zur Dankbarkeit und Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.



Unser Land zuerst

Ist unser Land noch vor dem kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang zu retten? Der bekannte Kolumnist Harald Martenstein glaubt nicht mehr daran und schreibt in der Wochenzeitung „Welt am Sonntag“: „Was Deutschland betrifft, hilft nur noch ein Wunder“.

Ich sehe das nicht so. Denn den seit Jahren anhaltenden Niedergang, Stichworte: Verschuldung, Inflation, Bildung, Grenzschutz, Infrastruktur, Bundeswehr, Energieversorgung etc., haben die Bürger zugelassen.

Die Wähler haben immer wieder Parteien gewählt, die dafür gesorgt haben, dass wir heute da stehen, wo wir stehen; viel zu wenige haben kritisiert und Veränderungen eingefordert.

Doch genauso wie die Bürger die Entwicklung zugelassen haben, so können – nein, müssen – die Bürger nun auch eine andere Politik anstoßen. Ein Wunder, wie Herr Martenstein hofft, wird uns nicht retten. Wir Bürger müssen das Schicksal unseres Landes bestimmen.

Es sind die Demonstranten, die regelmäßig auf die Straße gehen, um das Wort gegen die Zumutungen der Politik zu erheben. Es sind die Abgeordneten einer echten Opposition, die in Kommunalparlamenten, Landtagen oder – wie ich – im Bundestag immer wieder Kritik üben und Veränderungen einfordern. Es sind die Eltern, Großeltern und Lehrer, die bei ihren Schützlingen eine überideologisierte Bildungspolitik korrigieren. Es sind die Schaffenden, die in ihren Unternehmen die Standards hochhalten und sich gegen grün-linke Zumutungen stellen. Es sind die Mitglieder von Gemeinden und Vereinen, die sich dem Verlust unserer Traditionen entgegenstellen.

Was die Politik betrifft, so genügen einige wenige entschlossene Weichenstellungen im Bundestag, um den Kurs unseres Landes zum Guten zu verändern. Es muss sich nur eine Mehrheit dafür finden. Und die Bürger haben es in der Hand, wann dies passiert.

In dieser Ausgabe erläutere ich die Lösungen. Dabei handelt es sich um grundlegende Entscheidungen in fünf Kernbereichen, die den Niedergang umkehren können.

In all diesen Bereichen hat die Fraktion der Alternative für Deutschland im Bundestag bereits entsprechende Lösungen erarbeitet, Veränderungen eingefordert und um Mehrheiten geworben.

Wir machen damit weiter, denn Aufgeben ist keine Option.

Ich wünsche Ihnen eine erhellende Lektüre in der Vorweihnachtszeit.

Alles Gute!

Ihr

Prof. Michael Kaufmann, Mitglied des Bundestages

5 Krisen - 5 Lösungen

Energiekrise
Inflation
Rezession
Kriegsgefahr
Illegale Migration

Die Krisen, die unser Land derzeit zu zerreißen drohen, sind hausgemacht. Und vor vier dieser fünf Krisen hat die AfD seit Langem gewarnt. Unsere Anträge und Gesetzesentwürfe im Bundestag hätten viel dazu beigetragen, die jetzige Situation zu vermeiden. Doch jetzt rächt sich die Blockadehaltung der Altparteien gegenüber der AfD. Dabei liegen die Lösungen nach wie vor auf dem Tisch. **Mehr dazu auf Seite 2.**

5 Krisen - 5 Lösungen

Energiekrise - Inflation - Rezession - Kriegsgefahr - illegale Migration

Energiekrise

DAS PROBLEM:
Energie ist durch die undurchdachte „Energiewende“ und die Sanktionen gegen Russland sowohl knapp als auch teuer geworden. Damit wird sie für die Bürger zunehmend unbezahlbar und raubt der deutschen Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Folge sind Firmenpleiten und Verarmung.

DIE LÖSUNG:
1. Das Experiment „Energiewende“ mit der ausschließlichen Fokussierung auf Sonne und Windkraft muss beendet werden.
Deutschland muss ideologiefrei auf alle verfügbaren Energieträger zurückgreifen. Das schließt Kohle und Kernenergie ausdrücklich mit ein. Die drei noch verbliebenen Kernkraftwerke müssen auch über den 15, April 2023 hinaus am Netz bleiben. Neue Brennstäbe müssen unverzüglich bestellt werden. Und bereits stillgelegte, aber noch nicht im Rückbau befindliche Kernkraftwerke müssen reaktiviert werden.
Der Ausstieg aus der Nutzung heimischer Braunkohle muss widerrufen, bereits stillgelegte Kohlekraftwerke müssen dauerhaft reaktiviert werden.
Gleichzeitig muss die Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie und an verbesserter, umweltfreundlicherer Filter- und Speichertechnik für konventionelle Kraftwerke wieder umfassend gefördert werden.

2. Die selbstmörderische Weigerung, russisches Gas über den noch intakten Strang von Nord Stream 2 zu beziehen, muss aufgegeben werden. Ob es uns gefällt oder nicht, wir brauchen dieses Gas und in allen anderen Fällen lassen wir uns bei der Auswahl der Lieferanten der für uns lebenswichtigen Rohstoffe (China, Saudi-Arabien, Kongo etc.) auch von keinen allzu hohen moralischen Maßstäben leiten.
Gleichwohl muss Deutschland mittelfristig danach streben, nicht mehr von ausländischen Energieträgern abhängig zu sein.

Inflation

DAS PROBLEM:
Die Inflation in Deutschland befindet sich mit über 10 Prozent auf einem nie dagewesenen Niveau. Bei Gütern des täglichen Bedarfs, allem voran Lebensmitteln, dürfte sie eher über 20 Prozent liegen. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen sich das Leben nicht mehr leisten können, ihre Rücklagen aufbrauchen oder auf Grundsicherung angewiesen sind. Zudem verliert erworbenes Vermögen rapide an Wert.

DIE LÖSUNG:
1. Die Energiepreise, als wichtigster Inflationstreiber, müssen dauerhaft gesenkt werden. Details dazu oben unter „Energiekrise“
2. Als Sofortmaßnahme zur Entlastung vor allem der unteren Einkommen muss die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie vorübergehend auf Null gesenkt werden. Zudem ist die Stromsteuer abzuschaffen. Die enorm gestiegenen Kraftstoffpreise sollen durch eine erhebliche Senkung der Energiesteuer auf das Minimum reduziert werden. Die CO2-Abgabe – insbesondere auf Benzin, Diesel und Gas – und der Emissionshandel sind vollständig abzuschaffen.
3. Deutschland muss sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die „Whatever it takes“-Geldpolitik der EZB beendet wird. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, das vertragswidrige Verhalten der EZB endlich vom EUGH verbieten zu lassen. Die EZB muss zurückkehren zu einer Politik der Geldwertstabilität. Sollte dies nicht durchsetzbar sein, muss Deutschland notfalls bereit sein, den Euro-Verbund zu verlassen und zu einer eigenen Währung zurückzukehren.
4. Löhne müssen armutsfest sein. Damit der Mindestlohn seine Schutzfunktion erfüllen kann, soll die Mindestlohnkommission künftig – neben der Tarifentwicklung – auch die Inflation berücksichtigen.

Rezession

DAS PROBLEM:
Die höchsten Steuern und die höchsten Energiepreise in Europa, sowie eine ausufernde Bürokratie führen dazu, dass die deutsche Wirtschaft weltweit zunehmend weniger wettbewerbsfähig wird. Gestörte Lieferketten tun ein Übriges. Hinzu kommt die stark abnehmende Konsumbereitschaft aufgrund von Inflation und Zukunftsangst. Kommen Rezession und Inflation zusammen, besteht die Gefahr einer Depression, d.h. eines langen und massiven Einbruchs der Wirtschaft. Die Folgen sind Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverluste.

DIE LÖSUNG:
1. Umsetzung der oben genannten Maßnahmen gegen die Energiekrise.
2. Umsetzung der oben genannten Maßnahmen gegen die Inflation.
3. Streichung unnötiger und ineffizienter Staatsausgaben, um Spielräume für Steuersenkungen zu schaffen. Ansätze hierzu wären genug vorhanden. Die Kosten, die durch die illegale Migration verursacht werden, weitgehend wirkungslose Projekte gegen den Klimawandel, eine ausufernde Bürokratie und ein immer weiter aufgeblähter Beamtenapparat, um nur einige Beispiele zu nennen - all das kann sich Deutschland in der gegenwärtige Lage nicht mehr leisten.
4. Einkommens- und Unternehmenssteuern müssen deutlich gesenkt werden, damit den Bürger mehr Geld für den Konsum und den Unternehmen mehr Geld für Investitionen bleibt.
5. Unternehmerisches Handeln muss von aller überflüssigen Bürokratie befreit werden. Setzen wir Unternehmer wieder frei etwas zu unternehmen. Eine Bürokratie, die bis in die letzten Details alles regulieren und kontrollieren will, braucht kein Mensch.
Damit Deutschland wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort wird.

Kriegsgefahr

DAS PROBLEM:
Der Krieg in der Ukraine ist schrecklich und die Menschen in der Ukraine verdienen unsere volle humanitäre Unterstützung. Diese leisten wir durch Hilfsgelder und indem wir in großer Zahl Flüchtlinge aufnehmen. Doch dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Trotzdem mischt sich Deutschland mit Waffenlieferungen und Sanktionen immer stärker in diesen Krieg ein. Dies intensivert nicht nur den Krieg und erhöht die Zahl der Opfer, es bringt auch die reale Gefahr mit sich, dass Deutschland selbst zur Kriegspartei wird.

DIE LÖSUNG:
1. Deutschland sollte dem Beispiel unserer Nachbarn in der Schweiz und in Österreich folgen, die sich in ihrer Verfassung zur Neutralität verpflichtet haben.
2. Deutschland sollte die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland beenden. Letztere sind wirkungslos und erstere bergen die Gefahr zur Kriegspartei zu werden.
3. Deutschland sollte sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Kriegsparteien zurück an den Verhandlungstisch kommen und an einer Friedenslösung arbeiten. Die beiden Minsker Abkommen könnten dafür eine gute Grundlage bieten.
4. Um für den Fall. dass ein Kriegsgeschehen in unserer Nachbarschaft ohne unser Zutun irgendwann doch einmal auf Deutschland übergreifen sollte, muss Deutschland umgehend wieder eine schlagkräftige und umfassend einsatzfähige Bundeswehr aufbauen.
5. Deutschland muss sich um eine ausgewogene und wahrheitsgetreue Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine bemühen, die die Vorgeschichte des Konflikts berücksichtig, wie das bis 2021 der Fall war und die der Tatsache Rechnung trägt, dass in einem Krieg beide Seiten Propaganda einsetzen.

Migration

DAS PROBLEM:
2015 öffnete die damalige Regierung Deutschlands Grenzen für jede Art von Migranten. Innerhalb kürzester Zeit strömten daraufhin etwa 1 Million Menschen ins Land. Insgesamt seit 2015 fast 4 Millionen.
Damit kamen Gewalt und ein rückständiges Menschen- und Gesellschaftsbild nach Deutschland. Hinzu kommt, dass ein großer Teil dieser Zuwanderer nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft seinen lebensunterhalt zu bestreiten.
Weil ein derart unkontrollierter Zustrom von Menschen ein Land zwangsläufig auf eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zerreißprobe stellt, kontrollieren alle anderen Länder dieser Welt, wer zu ihnen ins Land kommt. Nicht so Deutschland. Mit fatalen Folgen.

DIE LÖSUNG:
1. Effektive und engmaschige Kontrolle der Grenzübertritte.
2. Zurückweisung von offensichtlichen Wirtschaftsmigranten bereits an der Grenze.
3. Abbau von Anreizen, die zur Zuwanderung in unsere Sozialsysteme ermutigen.
4. Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern.
5. Aberkennung des Schutzstatus nach Reisen von Asylberechtigten in ihr „Verfolgerland“.
6. Konsequente Rückführung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber. Ausnahmslose Abschiebung von Gefährdern und Straftätern.
7. Rücknahme der gegenwärtigen Gesetzesinitiativen zur erleichterten Einbürgerung selbst illegal Eingereister (so genanntes Chancenaufenthaltsrecht).
Entgegen gängiger Behauptungen ist die AfD nicht fremdenfeindlich. Wir setzen uns für den Schutz politisch Verfolgter wie auch für eine qualifizierte Zuwanderung ein. Aber wir sind uns auch bewusst, dass ein Land seine Grenzen schützen und Zuwanderung kontrollieren muss.

Alle unsere gegenwärtigen Krisen und Probleme sind hausgemacht.
Wir verdanken sie einer Politik, die sehr stark einer Ideologie, aber kaum der Vernunft verpflichtet ist.
Doch es gibt Lösungen. Wir müssen Sie nur wollen.
Zum Wohle Deutschlands, denn nur ein starkes Deutschland kann eine konstruktive Rolle in der Welt spielen.

Fracking in Deutschland - böse Fracking in den USA - gut

Die energiepolitische Bilanz der Ampel liest sich wie ein Schildbürgerstreich. Aus der Kernkraft ausgestiegen. Aus der Kohle ausgestiegen. Gas aus Russland wollen wir nicht mehr. Und plötzlich merkt man, dass Sonne und Wind uns wohl doch nicht durch den Winter bringen werden. Also kauft man hektisch in aller Welt Erdgas zusammen. Der Preis spielt keine Rolle. Schutz der Umwelt auch nicht mehr. Zumindest nicht, wenn das Fracking-Gas vom großen Bruder in Washington kommt. Dort wird das Fracking-Gas zwar unter Bedingungen gewonnen, die weit hinter unseren Umweltstandards zurückbleiben. Aber was soll's? Not kennt offenbar kein Gebot. Dabei hätten wir in Deutschland selbst umfangreiche Schiefergasvorkommen. Wir müssten sie nur fördern. Aber das will man auch nicht. Der Grund? Sie ahnen es vielleicht ... zu umweltschädlich. Das ist Wahnsinn.

Lauterbach duckt sich weg

Impfnebenwirkungen müssen dringend untersucht werden

Unzählige Menschen in unserem Land leiden unter den Nebenwirkungen der COVID-Impfungen. Durch einen Bericht des Spiegel Anfang Juni gewissermaßen unter Zugzwang gesetzt, twitterte Karl Lauterbach daraufhin am 12. Juni: „Guter Artikel. Post-Vac-Syndrom muss besser untersucht werden".

Wer aber nun gehofft hatte, dass den Opfern der verantwortungslosen Impfkampagne nun endlich die nötige Aufmerksamkeit geschenkt würde, wurde bitter enttäuscht.

Auf meine schriftliche Frage an den Kollegen Lauterbach, wie weit er mit der Untersuchung des Post-Vac-Syndroms denn inzwischen vorangekommen sei, wurde mir von seinem Staatssekretär lapidar mitgeteilt: „Die Bundesregierung prüft derzeit die Förderung der weiteren Erforschung des Post-Vac-Syndroms."

Na gut, besser als nichts, also fragte ich Ende Oktober noch einmal nach, wie der Stand der Dinge sei. Worauf mir am 4. November geantwortet wurde, dass sich laut Paul-Ehrlich-Institut „derzeit kein Risikosignal für die unter dem Begriff

Post-Vac-Syndrom bezeichneten Beschwerden" ergibt.

Es ist ein Skandal mit welcher Kaltschnäuzigkeit der Gesundheitsminister die Risiken der COVID-Impfungen beiseitewischt und es zeugt von erschreckender Ignoranz und Gleichgültigkeit gegenüber den Betroffenen.

Diese Menschen haben sich im Vertrauen auf die Versprechen des Gesundheitsministers gegen COVID impfen lassen und sind nun zum Teil mit furchtbaren und bleibenden Schäden an ihrer Gesundheit konfrontiert. Nicht wenige sind sogar daran gestorben.

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus der AfD-Fraktion im Bundestag werde ich die Bundesregierung und besonders Herrn Lauterbach, nicht aus der Verantwortung für diesen größten Medizinskandal der Geschichte entlassen. Wir werden weiter darauf drängen, dass die Risiken und Nebenwirkungen der COVID-Impfungen systematisch erforscht werden. Vor allem aber muss den Betroffenen umgehend geholfen werden, und es muss verhindert werden, dass weiterhin Impfschäden in großer Zahl entstehen.

	BioNTech	AstraZeneca	Moderna	Janssen	Novavax	total
Todesfälle	13.231	5.747	6.423	1.497	3	26.901
Lebensbedrohlich	18.226	9.824	7.513	1.845	15	37.423
Krankenhausaufenthalt	87.913	34.369	36.975	6.677	114	166.048
Behindernd	37.566	27.581	12.619	2.248	23	80.037
Geburtsfehler	300	143	134	5	0	582
Schwerwiegende Fälle	336.789	143.359	112.410	19.141	586	612.285
Ernste Nebenwirkungen	456.200	248.083	128.390	29.238	329	862.240
Alle Fälle mit Nebenwirkungen	1.174.268	532.206	352.027	68.665	1.453	2.128.619

Quelle: EudraVigilance: Europäische Datenbank gemeldeter Verdachtsfälle von

Fortschrittskoalition? - Denkste!

Ampel verweigert sich den Chancen der Kernforschung

Derzeit befinden sich weltweit rund 150 Kernkraftwerke im Bau oder in Planung. Bei Baukosten von im Schnitt 8 bis 10 Milliarden Euro je Reaktor entspricht das einem Marktvolumen von 1,2 bis 1,5 Billionen Euro.

Bis vor einigen Jahren wurde in Deutschland die sicherste und fortschrittlichste Reaktortechnik der Welt entwickelt, so dass deutsche Unternehmen unter normalen Umständen ein gehöriges Stück von diesem Kuchen abhaben könnten.

Doch seit dem überhasteten und ideologiegetriebenen Ausstieg aus der Kerntechnik 2011 wurde auch die Forschung und Entwicklung von Reaktortechnik in Deutschland immer weniger gewollt und gefördert. Die Folge ist, dass Unternehmen der Reaktortechnik in Deutschland nicht mehr investieren und ihre Aktivitäten in andere Teile der Welt verlegen. Damit geht Deutschland Wertschöpfung im zweistelligen Milliardenbereich verloren.

Um diesen Missstand zu beseitigen und wenigstens die wirtschaftlichen Chancen der Kernenergie für Deutschland zu erhalten, hatte ich im Oktober einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, die Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder umfassend zu fördern.

Die Beratungen dazu im Ausschuss und anschließend im Bundestag hatten jedoch etwas von absurdem Theater. Quer durch alle Fraktionen wurde argumentiert, dass wir in Deutschland beschlossen hätten, keine Kernkraftwerke mehr zu bauen. Doch darum ging es in meinem Antrag ja gar nicht. Auf das eigentliche Anliegen, damit der deutschen Wirtschaft Chancen zu erhalten, wurde praktisch nicht eingegangen.

Hier zeigt sich einmal mehr, wie sehr diese ganze Debatte rein ideologisch geprägt ist. Der Grundsatz lautet „Kernkraft ist böse". Widerspruch wird nicht geduldet. Währenddessen setzt der Rest der Welt wieder zunehmend auf die Kernenergie, was sich unter anderem daran zeigt, dass sowohl die UN wie auch die EU die Kernkraft als nachhaltige, d.h. grüne, Technologie eingestuft haben, die zudem einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Aber Fakten spielen für die Ampel offenbar inzwischen überhaupt keine Rolle mehr.

Gendersprache mit Bundesmitteln gefördert

Unser Bildungswesen hat drängendere Probleme

Wie sich aus einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung ergab, werden Aktivitäten im Bereich der Gendersprace auch aus Bundesmitteln finanziert. Und zwar mit mindestens sechsstelligen Beträgen pro Jahr.

Dabei hat unser Bildungswesen gegenwärtig doch wahrlich drängendere Probleme, als die korrekte Nutzung eines ‚Binnen-I'. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hatte im vergangenen Jahr die Bildungskompetenzen von Viertklässlern in Deutsch und Mathematik unter die Lupe genommen. Dabei stellte sich heraus, dass allein in Mathematik 22 Prozent der Viertklässler bundesweit den Mindeststandard nicht erreichen, bei der Rechtschreibung sind es sogar 30 Prozent. Hierbei spielt auch der Zuwanderungshintergrund zunehmend eine Rolle. Jeder Euro, den der Staat für die Förderung von völlig überflüssigen Projekten zur Gendersprache ausgibt, ist ein Euro zu viel.

Hoffen wir, dass es nicht so weit kommt

Unkontrollierte Zuwanderung hält an

Und die Bundesregierung offenbart einmal mehr Ahnungslosigkeit und Desinteresse

Laut offiziellen Zahlen lebten zum 31.12.2013 80,77 Mio Menschen in Deutschland. Zum 30. Juni 2022 waren es bereits 84,08 Mio. Ein Zuwachs von 3,31 Mio Menschen.

Nun ist dieses Bevölkerungswachstum leider nicht darauf zurückzuführen, dass die Deutschen die Lust am Kinderkriegen wiederentdeckt hätten. Die Geburtenrate liegt hierzulande seit vielen Jahren unter der Sterberate.

Das bedeutet, die einheimische Bevölkerung – einschließlich aller bereits hier integrierten Zuwanderer – ist in diesem Zeitraum sogar geschrumpft.

Wir können somit von einer Zahl von 3,5 bis 4 Millionen zusätzlichen Migranten in einem Zeitraum von nur achteinhalb Jahren ausgehen. Wobei ein beträchtlicher Teil reine Wirtschaftsflüchtlinge sind, von denen sich wiederum ein Großteil illegal hier aufhält.

Nun ist ein Zustrom von rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung, noch dazu überwiegend aus einem fremden Kulturkreis, in wenigen Jahren für jede Nation – vorsichtig ausgedrückt – eine enorme Herausforderung.

Wie viel ist zu viel?

Daher wollte ich vom Innenministerium gerne wissen, welche Untersuchungen die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, um zu ermitteln, bei welcher Anzahl von Zuwanderern die gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit Deutschlands denn erschöpft sei.

Die Antwort hätte aus ein paar Zahlen und der Nennung der Quellen bestehen können. Dann hätte man anhand dieser Zahlen überprüfen können, wo wir grade stehen.

Stattdessen wurde mir wortreich erklärt, dass man erstens nicht die geringste Ahnung hat und dass das zweitens auch gar keine Rolle spiele.

Mit anderen Worten: Die Bundesregierung ignoriert seit fast 10 Jahren die Tatsache, dass jede Nation nur ein begrenztes Maß an Zuwanderung verkraften kann, ohne wirtschaftlich schweren Schaden zu nehmen und gesellschaftlich auf eine Zerreißprobe gestellt zu werden. Eine Tatsache, die alle anderen Länder der Erde in ihrer Zuwanderungspraxis berücksichtigen und darum klare – teilweise sogar sehr strenge – Maßstäbe für Zuwanderung geschaffen haben und ihre Grenzen dementsprechend schützen.

Zusätzlich interessiert sich die Bundesregierung offenbar nicht im Geringsten für die Folgen ihres Handelns oder besser Unterlassens. Eine derart verantwortslose und grob fahrlässige Poltik nimmt sehenden Auges in Kauf, dass unserem Land erheblicher Schaden zufügt wird, der in letzter Konsequenz sogar zu einer völligen Destabilisierung unserer Gesellschaft führen kann.

Dem muss endlich Einhalt geboten werden. Und darum setze ich mich gemeinsam mit der AfD-Fraktion weiter mit Nachdruck dafür ein, dass unsere Grenzen geschützt und bei der Zuwanderung geltendes Recht wieder umgesetzt wird. Das hat nicht das Geringste mit Fremdenfeindlichkeit zu tun, wie uns so oft vorgeworfen wird, sondern trägt der Tatsache Rechnung, dass jede Gesellschaft nur bis zu einem gewissen Grad aufnahme- und belastungsfähig ist.

Stuttgarter Erklärung - Energiewende gescheitert

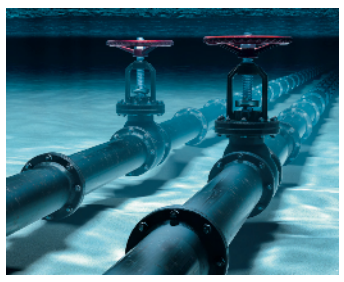
Wissenschaftler fordern Nutzung der Kernkraft

Die Kritik an der verheerenden Energiewende in Deutschland wird inzwischen vehement auch von renommierten Wissenschaftlern vorgetragen.
So wurde am 25. Juli dieses Jahres auf der interdisziplinären Forschungstagung „20 Jahre Energiewende – Wissenschaftler ziehen Bilanz“ die Stuttgarter Erklärung verabschiedet.
Darin stellen die 19 erstunterzeichnenden Professoren fest: „Mit einseitiger Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas wurde Deutschland in Energienot manövriert“ und fordern „den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke als dritte Klimaschutzsäule neben Sonne und Wind.“
Zu den Erstunterzeichnern gehören auch sechs Professorinnen und Professoren des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), mithin die geballte Kompetenz der Helmholtz-Gemeinschaft.
Die Erklärung fand als Petition zehntausende Unterstützer und musste deshalb am 9.11.2022 im Petitionsausschuss des Bundestages beraten werden – ein erster Schritt zu einer kritischen Diskussion.

Verdient gemacht um die öffentliche Diskussion der Fehler der Energiewende hat sich das Magazin „Tichys Einblick“.
Herausgeber Roland Tichy lud am 10. Oktober persönlich zu einem „Expertenforum Energiewende“ in eine Messehalle nach Dresden ein. Hunderte folgten seinem Aufruf und verfolgten die Vorträge von Erstunterzeichnern der „Stuttgarter Erklärung“.
An der Podiumsdiskussion waren auch die abtrünnige ehemalige Grünen-Abgeordnete Antje Hermenau, das CDU-Urgestein Arnold Vaatz und der frühere Hamburger SPD-Senator Fritz Vahrenholt beteiligt. Noch trauen sich offenbar nur die Politrentner der etablierten Parteien, sich klar gegen die Energiewende zu positionieren.
Inzwischen ist offensichtlich, dass die verfehlte Energiewende uns unerträglich hohe Strompreise und Versorgungsengpässe beschert, die insbesondere unsere Wirtschaft schwer treffen. Fast täglich muss die Netzagentur mit Abschaltungen, entweder von Stromerzeugern oder von Verbrauchern, Nothilfe leisten, um das Stromnetz zu stabilisieren.
Der Chef des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sagte der „Welt am Sonntag“kürzlich: „Wir müssen davon ausgehen, dass es im Winter Blackouts geben wird.“ Eine Folge der Abschaltung von grundlastfähigen Kohle- und Kernkraftwerken bei gleichzeitigem Zuwachs zufälliger Energiequellen wie Sonne und Wind.
Die AfD spricht sich konsequent für die Rückkehr zu einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung aus, die alle Energiequellen umfasst.

Die Stuttgarter Erklärung im Wortlaut:
https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2022/_07/_26/Petition_136760.nc.html
Buchempfehlung: Prof. André Thess, Universität Stuttgart:
Sieben Energiewendemärchen? Eine Vorlesungsreihe für Unzufriedene

Angriff auf unsere Infrastruktur



„Die Sprengung der Nordstreamleitung war ein nie dagewesener Angriff auf unsere lebensnotwendige Infrastruktur. Offenkundig von einem anderen Staat. Reaktion dieser Bundesregierung: Dröhnendes Schweigen. Und warum tun Sie eigentlich nichts dafür, dass Russland Erdgas durch die intakte Leitung von Nordstream 2 liefert, um den Pleitetsunami in der deutschen Wirtschaft zu verhindern?“

Alice Weidel im Deutschen Bundestag am 23. November 2023

Großdemo am 8. Oktober in Berlin ein voller Erfolg

Überall in unserem Land gehen Bürger auf die Straße, um den Regierungen in Bund und Ländern ihre Unzufriedenheit und ihren Zorn zu zeigen.
Nach den Zumutungen der Corona-Maßnahmen leiden die Menschen nun verstärkt unter Inflation, explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen, der ausufernden Einwanderung und dem wirtschaftlichen Niedergang. Hinzu kommt noch die Sorge um eine Ausweitung des Kriegs in der Ukraine.
Für die Opposition ist die Unterstützung durch die Demonstranten sehr wertvoll, denn jeden Abgeordneten einer Regierungspartei lehrt der Protest im eigenen Wahlkreis das Fürchten.
Unser Land zuerst! Unter diesem Titel organisierte die wahre Oppositionspartei Alternative für Deutschland am 8. Oktober eine zentrale De-monstration in Berlin, um die Bundesregierung da-ran zu erinnern, wem sie verpflichtet ist.
Über zehntausend Bürger versammelten sich vor dem Reichstag und zogen anschließend in einem kilometerlangen Protestzug durch Berlin Mitte. Das Wetter war – bis auf einen kurzen Platzregen – gut, die Stimmung entschlossen; und so stärkten die Teilnehmer neben der Willensbekundung nach außen vor allem ihr Gemeinschaftsgefühl.
Es baut auf, wenn man sieht, wie viele Gleichgesinnte es gibt und dass man mit seinem Ärger nicht allein ist.
Gegendemonstranten waren – ungewöhnlich für Berlin – kaum zu sehen. Allerdings wurde die Anreise vieler Teilnehmer aus dem Nordwesten des Landes durch einen Sabotageakt gegen die Bahn behindert. Sollte das etwa eine neue Masche der Feinde von Freiheit und Demokratie sein, um die Opposition zu behindern?

Alles okay bei den Spritpreisen! - Wirklich?

Das Bundeskartellamt als zahnloser Tiger

Mit Beginn des Krieges in der Ukraine schossen die Benzin- und Dieselpreise schlagartig nach oben. In kürzester Zeit wurde die Marke von 2 Euro durchbrochen, selbst Preise jenseits der 2,40 Euro waren keine Seltenheit.
Alles eine Folge des Krieges. Klar, oder? Doch wer genauer hinsah, rieb sich verwundert die Augen.
Denn obwohl die Rohölpreise an den Börsen bei Weitem noch nicht wieder die Höchststände in den Jahren 2007/2008 erreicht hatten, lag der Preis an den Zapfsäulen im Frühjahr 2022 rund 40 Prozent über den Spitzenwerten von 2007 (ca. 1,70 €).
Gewiss, die Entwicklung des Euro hin zur Weichwährung muss berücksichtigt werden. Doch auch das rechtfertig noch keine um 40 Prozent höheren Preise.
Als im Juni die Energiesteuer auf Kraftstoffe gesenkt wurde, fanden wir auch diese Preissenkung nicht in vollem Umfang an den Zapfsäulen wieder. Dabei war der Rohölpreis zwischenzeitlich sogar noch einmal deutlich gesunken.
Nicht nur in mir regte sich da sicherlich der Verdacht, die Mineralölkonzerne könnten hier ihre Markmacht schamlos ausgenutzt haben.
Also fragte ich beim Bundeswirtschaftsministerium nach, inwiefern das Bundeskartellamt diesem ins Auge springenden Verdacht nachging.
Während wir Bürger an den Tankstellen jeden Tag bluten, schien es die Regierung aber nicht sehr eilig zu haben, den Sachverhalt aufzuklären.
Denn man erklärte mir, dass das Kartellamt eine so genannte Sektoruntersuchung bei den Mineralölkonzernen in die Wege geleitet habe. Erste Zwischenergebnisse würden im Herbst vorliegen.
Nun muss man wissen, dass eine Sektoruntersuchung gerade nicht bedeutet, dass einem Verdacht auf Marktmissbrauch nachgegangen wird.
Inzwischen lesen wir von ersten Ergebnissen des Kartellamts. Demnach fand man „keine Hinweise auf illegale Preisabsprachen der großen Mineralölkonzerne“. Explizite Preisabsprachen braucht es bei nur vier oder fünf Marktteilnehmern auch nicht, um Marktmacht auszunutzen.

Dem Verbraucher stellt sich nun die Frage, ist das Kartellamt naiv oder fehlen ihm tatsächlich die Mittel und Möglichkeiten, uns vor der Gier marktbeherrschender Oligopole zu schützen?

Berlin und Parlament hautnah

Auch 2023 veranstalte ich wieder mehrere Bundespressefahrten und lade jeweils 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu mir nach Berlin ein. Besuchen Sie mich und machen Sie sich selbst ein Bild von der parlamentarischen Arbeit. Neben einem umfangreichen Informationsprogramm mit Besichtigung der Orte, an denen unsere Gesetze vorbereitet, diskutiert und verabschiedet werden, bleibt auch genügend Zeit für die anderen Sehenswürdigkeiten Berlins.

Die Kosten für Fahrt, Unterkunft und das Programm vor Ort übernimmt der Deutsche Bundestag.

Seien Sie also einmal für drei Tage Gäste ihres Bundestagsabgeordneten.

Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Ihr Michael Kaufmann

Anmeldung unter michael.kaufmann.wk@bundestag.de
oder telefonisch unter: 03671 - 5 23 23 48

Die Bürger haben die Nase voll

Lebhaftes Demogeschehen in den Saale-Kreisen

Nicht nur in Berlin, auch in Thüringen und bei uns vor Ort in den Saale-Kreisen nimmt die Unzufriedenheit der Bürger mit der Regierungspolitik stetig zu.
Die Menschen gehen zu Hunderten und Tausenden auf die Straße, weil ihnen das Wasser buchstäblich bis zum Hals steht. Allen ist klar, so kann es nicht weitergehen. Diese Regierung runiert unser Land und unsere Zukunft.
Als ebenso betroffener Bürger und als Abgeordneter haben ich mich selbst an zahlreichen Demos beteiligt. So in Hermsdorf, Gera, Tanna, Triptis, Pößneck, Saalfeld, Rudolstadt und Sonneberg.
Wir Bürger müssen laut werden und laut bleiben, damit sich etwas zum Guten ändert in unserem Land.
Darum sehen wir uns auch in den kommenden Wochen sicher wieder auf der Straße bei einer der zahlreichen Demonstrationen in den Saale-Kreisen.

Schmiede Schaala
Klaus Petzoldt
Erfurter Straße 43
07407 Rudolstadt-Schaala
Handwerk mit Tradition
Tel. 03672 412732 Mobil 0170 4322329
Fax 03672 488135 schmiede-schaala@online.de
Schmiede- u. Schlosserarbeiten, Stahlbau, Balkonanlagen, Geländer, Zäune, Türen, Treppen, sämtliche Schweißarbeiten

„Täuschungen und Unwahrheiten sind die Währung der Politik dieser Regierung – einer Politik, die auf Illusionen, Wählerbetrug und Hofberichterstattung des Öffentlichen Rundfunks gebaut ist. Die Deutschen zahlen für einen Staat, der Verzicht und Entbehrung predigt, aber das Geld der Steuerzahler weiter munter in alle Welt verteilt, während die eigenen Landsleute nach der Flutkatastrophe im Ahrtal auch nach einem Jahr noch immer auf den Trümmern ihrer Existenz sitzen. Wie beschämend! Hören Sie auf, die Bürger auszunehmen, anzulügen und für dumm zu verkaufen!“

Alice Weidel im Deutschen Bundestag am 23. November 2023

Malermeister S.Voigt
Raum- und Fassadengestaltung
Maler-, Putz- und Tapezierarbeiten
Büro: Unterwirbacherstr.2a , 07318 Saalfeld
Telefon: 0171-3854801 Email: malermeister-voigt@arcor.de

Entrümpelung mit Komplettrenovierung
Auflösungen besenrein
An- und Verkauf von Möbeln und Trödel
Sperrmüll- und Schrottentsorgung innerhalb 48 Stunden
GHD-Service
07318 Saalfeld, [redacted]
Tel: 03671 - 614610 Mobil: 0172 - 9584543
0162 - 4039054
Mail: ghd-service@web.de

Gasthof zur Pfanne
Inhaber : Andreas Fischer (Fisch)
Sonneberger Str. 43
07318 Saalfeld/Saale
Tel. 03671 / 627878
Mobil 0151 / 20118221

Jetzt also doch LNG-Gas aus Katar. Aber für welchen Preis?

Selten war Doppelmoral so teuer

Stolz verkündete Robert Habeck in diesen Tagen, dass Deutschland nun doch LNG-Gas aus Katar bekommen wird. Was als Schlagzeile bei manchem Einem für Aufatmen sorgen mag, entpuppt sich auf den zweiten Blick als Mogelpackung.
Zunächst sollen die Lieferungen erst 2026 beginnen. Dann entspricht das Volumen nur etwa 3 Prozent unseres Jahresbedarfs. Und schließlich soll das Geschäft auch noch über einen Zwischenhändler laufen, der diese Dienstleistung gewiss nicht ohne Aufschlag erbringen wird.
Mit anderen Worten, wir bekommen einen winzigen Beitrag zu unserem Energiebedarf zu überhöhten Preisen und das zu einem Zeitpunkt, zu dem wir unsere Energieprobleme längst gelöst haben müssen, sonst sind bei uns zwischenzeitlich die letzten Lichter ausgegangen.
Es gehört schon eine gehörige Portion Chuzpe dazu, so einen Deal als Erfolg verkaufen zu wollen. Oder ist es inzwischen nur noch die pure Verzweiflung, weil man auch im Wirtschaftsministerium langsam begreift, dass grüne Träume regelmäßig an der Realität scheitern?
Und war da nicht noch etwas mit Moral und Menschenrechten, wesgegen nicht Wenige in den letzten Tagen dazu aufgerufen hatten, die Fußball-Weltmeisterschaft zu boykottieren?
Aber wenn es um die Rettung der völlig missratenen Energiepolitik geht, scheint das alles nicht mehr wichtig zu sein. Dann schaut man auch gerne über die 15.000 in Katar ums Leben gekommenen ausländischen Arbeiter und die fortlaufenden gravierenden Menschenrechtsverletzungen hinweg.
Das alles wäre hinzunehmen, denn leider kann man sich in dieser Welt nicht immer aussuchen, mit wem man Geschäfte macht. Wäre da nur nicht dieser unangenehme Geruch von Doppelmoral.
Denn verantwortlich für diesen Deal sind gerade jene, die zur Zeit unser ganzes Volk für ihre überhöhten moralischen Maßstäbe in Geiselhaft nehmen und damit unsere Zukunft aufs Spiel setzen.
Sachzwänge lassen oft keine andere Wahl als schmerzhafte Kompromisse einzugehen. Das darf aber kein Freibrief für moralische Beliebigkeit sein.

Die Kritik an der Regierungspolitik in Deutschland schwillt immer stärker an – wenn auch bei vielen aus Angst hinter vorgehaltener Hand.
Besonders aufschlussreich wird die Kritik, wenn sie von kompetenten Ausländern vorgetragen wird.
Der 1958 in Beirut/Libanon geborene Imad Karim ist ein glühender Fan Deutschlands – eigentlich. Er kann voller Begeisterung erzählen, welche Chancen ihm die Bundesrepublik bot, als er 1977 nach Deutschland ins Exil kam.
Inzwischen wird ihm das auf links-grün gewendete Deutschland immer aber unverständlicher und befremdlicher. Ja, er hat inzwischen allen Grund, um seine Existenz in unserem Land zu fürchten.
Als Filmemacher bleibt er dennoch nicht stumm. Er hat seine Beobachtungen unter anderem in einem Dokumentarfilm mit dem sprechenden Titel „Dekadenz – Jubelnd in den Untergang“ zusammengefasst.
Am 1. Oktober 2022 führte Imad Karim seinen Film im Saal des Ratskeller in Freiberg/Sachsen im Rahmen einer vom Freiberger Forum organisierten Veranstaltung vor. Die Vorstellung erhielt begeisterten Beifall und in der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Besucher die Kritik Karims an der

Der Dokumentarfilm ist auf YouTube abrufbar: https://www.youtube.com/watch?v=onkgPTPnNPc

Dipl. Ing. Heiko Bergner
Beratender und Bauvorlageberechtigter Ingenieur
Geprüfter Sachverständiger für Immobilienbewertung
Immobilien-Projektentwickler (EIPOS)
BÜRO
Puschkinplatz 6
07806 Neustadt a. d. Orla
Telefon: 036481 846963
PRIVAT
Wittchenstein 16
07819 Geroda
Mobil: 0178 5668509

Dipl. Ing. Heiko Bergner
Seit 1998 Inhaber Ingenieurbüro Bergner
sowie seit 2017 Mitglied der Alternative für Deutschland

Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Baustoffen sowie steigende Finanzierungskosten und eine schwierige Fachkräftesituation verunsichern die Unternehmen des regionalen Baugewerbes. Die deutlichen Preissteigerungen, mit denen die Bauunternehmen im Einkauf konfrontiert sind, erschweren viele Bauvorhaben. Hier ist insbesondere die Regierung in der Pflicht. Die Bundespolitik muss die kommunale Investitionstätigkeit unterstützen und mutige Schritte zum Abbau der Überreglementierung des Bauens durch Verordnungen und Vorschriften müssen unternommen werden“.

Wenn ungesehn und nun vorüber sind die Bilder
Der Jahreszeit, so kommt des Winters Dauer
Das Feld ist leer, die Ansicht scheinet milder
Und Stürme wehn umher und Regenschauer.
Als wie ein Ruhetag, so ist des Jahres Ende
Wie einer Frage Ton, daß dieser sich vollende
Alsdann erscheint des Frühlings neues Werden
So glänzet die Natur mit ihrer Pracht auf Erden.
Friedrich Hölderlin

Sommertour 2022

"Rückblickend auf 14 Tage, viele tausende Kilometern, viele Städten und Dörfern und zahlreiche Gespräche mit Bürgermeistern, Gemeinderäten, Unternehmern und den Bürgern vor Ort.

Besonders betroffen war ich, wie groß die Not in vielen Familien und Unternehmen durch die völlig verfehlte und extrem schädliche Regierungspolitik bereits im Sommer geworden ist. Unzählige Male habe ich den Satz gehört, „es muss sich was ändern, so kann es nicht weitergehen.„ Und Sie hatten und haben Recht.

Darum setze ich in Berlin und hier im Wahlkreis meine ganze Kraft darein, dass es unserem Land endlich die so dringend notwendige Wende zum Besseren geschieht. Ihr Zuspruch und ihre Unterstützung geben mir dabei Kraft und Rückenwind. Danke dafür.„

Denny Jankowski (Jg. 1983) ist Prozessingenieur für Laser- und Optotechnologie (M.A.). Seit 2013 ist er Mitglied in der AfD. Seit 2019 im Thüringer Landtag, stellvertretender Fraktionsvorsitzer und bildungspolitischer Sprecher der AfD Fraktion im Thüringer Landtag.

Schule macht man nicht mit Links!

Wir haben bald zwei Jahre Lockdown hinter uns. Vor allem an unseren Kindern sind diese zwei Jahre nicht spurlos vorüber gegangen. Schulschließungen, Isolation, Heimunterricht und nicht ausgegorene Onlinedienste haben zu dem geführt, wovor die AfD immer gewarnt hat.

All das traf in Thüringen auf ein ohnehin heruntergewirtschaftetes Schulsystem. Lehrermangel, Kürzungen der Stundentafeln und überbordenden Ausfällen. In Thüringen läuft alles auf die Einheitsschule hinaus. Anstatt mehr Lehrer einzustellen, will Bildungsminister Holter (Die Linke) den Digitalunterricht noch weiter ausbauen.

Motivierte, gut ausgebildete und engagierte Lehrer braucht Thüringen. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Lehrer ausgebildet und an Thüringer Schulen übernommen werden! Wir müssen in die Sanierung der Schulgebäude investieren. Weniger Digitalisierung, dafür das Einüben einer sauberen Schreibschrift muss ein großes Ziel sein. Auch müssen wir die Regelschule als Grundpfeiler des deutschen Handwerks stärken. Mehr Meister statt Master also.

AfD -Bürgerbüro
Denny Jankowski, MdL - Prof. Dr. Michael Kaufmann, MdB
Rudolf - Breitscheid - Straße 4 in 07768 Kahla

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben sich auch in diesem Jahr die Diäten wieder um rund 300 Euro monatlich erhöht. Auch ich profitiere davon. Angesichts wachsender Not in unserem Land möchte ich dieses Geld einsetzen, um dort zu helfen, wo das Geld gerade dringender gebraucht wird.

Gemeinnützige Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen dürfen mich daher gerne anschreiben, ihre Arbeit kurz beschreiben und ich werde dann bis auf Weiteres jeden Monat ein Projekt auswählen, das ich mit 300 Euro unterstütze.

Die aktuellen Probleme im Land sind aufgrund politischer Fehlentscheidungen hausgemacht. Die "Entlastungspakete" der Bundesregierung nennen wir nicht zielführend.
Wir - die Fleischerei Heß in Sonneberg haben uns entschlossen, ein "Sofortprogramm" zu starten, welches direkt wirkt und den Menschen hilft, die es jetzt am dringensten benötigen. Wir bieten Handwerkern, Rentnern und Bürgern, die auf Grundsicherung angewiesen sind, verschiedene Entlastungspakete an.

Metzgerei Heß - Inh. Philipp Heß
Coburger Allee 26 in 96515 Sonneberg
Tel.: 03675 703289
E-Mail: info@metzgerei-hess-sonneberg.de

Liebe Mitbürger,
erneut liegt ein ereignisreiches Jahr voller Krisen und Bewährungsproben hinter uns. Hofften wir während der zahlreichen Montagsspaziergänge in den Städten und Gemeinden unseres schönen Saale-Orla-Kreises zu Beginn des Jahres noch auf ein zeitiges Ende der Coronamaßnahmen-Krise, so wurde diese lediglich durch weitere selbstverschuldete Krisen abgelöst. Bereits im Januar, lange vor dem Krieg im Osten Europas, hatte der Dieselpreis mit 1,55 Euro pro Liter, dank Rekordsteuern, einen Rekordwert erreicht. Heute können wir bei weiter explodierenden Energiekosten von solchen Preisen beim Betanken unseres Autos, auf das wir im ländlichen Raum angewiesen sind, nur noch träumen.

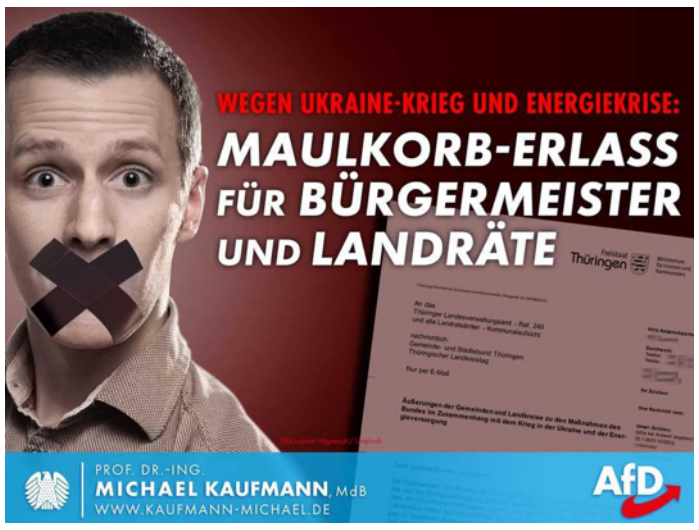
Als direkt gewählter Abgeordneter unserer Region im Thüringer Landtag werde ich deshalb auch weiterhin die größte friedliche Protestbewegung in der Geschichte des Saale-Orla-Kreises begleiten, um der mutwilligen Zerstörung der Grundlagen des deutschen Wohlstandes entgegenzuwirken.

Trotz unsicherer Zeiten wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Neues Jahr. Verzagen Sie nicht, bleiben Sie weiter kritisch und sorgen Sie dafür, dass Ihre Stimme gehört wird.

Ihr Uwe Thrum

Bürgerbüro Uwe Thrum
Braugasse 5
07907 Schleiz
Tel.: 03663/ 432 05 37
E-Mail:
buero-thrum@afd-thl.de

Ich freue mich sehr, meine geschätzte Kollegin Christine Anderson, Mitglied des Europäischen Parlaments, am 3. Februar 2023 zum gemeinsamen Bürgerdialog in Pößneck begrüßen zu können.
Frau Anderson ist vielen von Ihnen sicher bereits durch ihre flammenden, rhetorisch brillanten Beiträge in Straßburg und Brüssel bekannt.
Im Rahmen des Bürgerdialogs haben Sie selbstverständlich auch wieder die Möglichkeit, Ihre Fragen und Anliegen persönlich vorzutragen.
Freuen wir uns auf einen informativen und ermutigenden Abend.



Keine Gemeinde ist davon verschont:
Die Folgen der desolaten Energiepolitik und der Russlandsanktionen bekommen alle Bürger direkt zu spüren. Das treibt die Menschen aus Sorge um ihre Zukunft auf die Straßen.
Nach Schätzungen der Polizei beteiligten sich allein in Thüringen in den letzten Wochen mehrere Zehntausend Bürger in über 40 Städten an den Protesten. Darunter befanden sich selbstverständlich auch Mitglieder der Gemeinde und Stadträte, die diese Sorgen teilen.
Die Proteste sind aber vor allem dem Thüringer Innenministerium ein Dorn im Auge: Georg Maier (SPD) warnte schon früh vor den Demonstrationen und forderte öffentlich auf, dass sich die Bürger nicht daran beteiligen sollten.
Nun versuchte sein Ministerium zu verhindern, dass die Proteste durch die Teilnahme von Amtspersonen aufgewertet werden könnten. Dazu wurde ein Rundschreiben an alle Landkreise und Gemeinden verschickt, um die fraglichen Amtsträger zum Schweigen zu bringen.

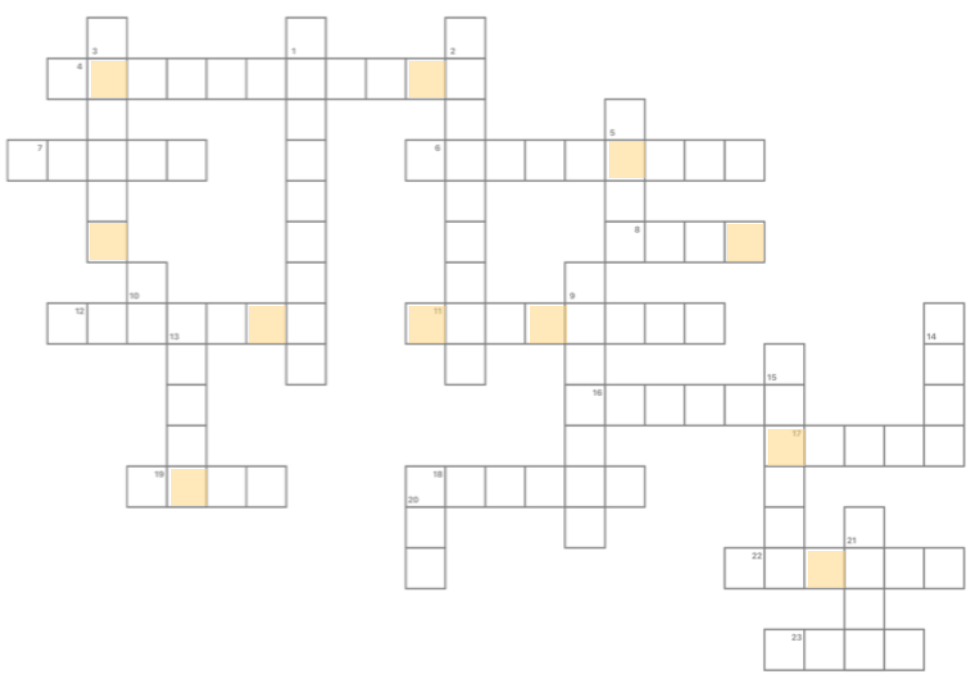
Wir von der AfD nehmen die Meinungsfreiheit ernst! Dieses Recht gilt auch für Bürgermeister und Landräte. Die Probleme sind zu groß, als dass wir dazu schweigen könnten!
Das vollständige Schreiben finden Sie auf meiner Internetseite www.-kaufmann-michael.de in der Rubrik Info

Pleitewelle droht nicht mehr - sie findet statt!

Es wird ein heißer Herbst der Pleiten. Im September haben die Firmeninsolvenzen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 34 Prozent zugenommen.
Die explodierenden Energiekosten, die gestiegenen Kosten für Löhne und Kreditzinsen und die sich eintrübende konjunkturelle Lage führen dazu, dass Inhaber von kleinen und mittelständischen Unternehmen um ihre Existenz bangen.
Aus dem Wirtschafts-ministerium heißt es, Deutschland kann ohne Gasmangellage durch den Winter kommen. Aber nur, wenn alle Verbraucher Gas einsparen, weiterhin Gas geliefert wird und der Winter nicht zu kalt wird.
Unternehmen wie der Porzellanmanufaktur Kahla/ Thüringen GmbH, gegründet im Jahre 1844, wurde der Gasliefervertrag seitens des Versorgers gekündigt. Ohne Gas keine Produktion. Auch Eschenbach Porzellan in Triptis kapituliert vor den zu hohen Energiepreisen und schließt endgültig. Das Gleiche gilt für die Fischräucherei Cramer GmbH in Saalfeld, ehemals ein Betriebsteil des Fischkombinates Rostock.
Damit nicht noch mehr Unternehmen vor dem Aus stehen, fordert die AfD-Bundestagsfraktion, die Sanktionen gegenüber Russland aufzuheben und Nord-Stream 2 zu öffnen. Die Mittelständischen Unternehmen müssen unverzüglich von den nicht zu stemmenden Energiepreisen entlastet werden.

Für Thüringer Ratefüchse

Die Buchstaben in den markierten Feldern ergeben in der richtigen Reihenfolge das Lösungswort. Unter allen Einsendungen verlosen wir ein persönliches Treffen mit Michael Kaufmann, ganz privat bei ihm zuhause. Zusätzlich verlosen wir vier mal einen Kaffeebecher mit einem starken Slogan. (Der Rechtsweg ist ausgeschlossen)



Senkrecht

1. Sitz des dt. Parlaments (9)
2. Berühmter Wanderweg (9)
3. Bundessprecherin der AfD (6)
5. Dt. Mittelgebirge (4)
9. Gesetzl. Zahlungsmittel (7)
10. Abk. Europäische Union (2)
13. Fluss in Thüringen (5)
14. Sammelbehälter bei Wahlen (4)
15. Denkorgan (6)
20. Kfz-Kz. Saale-Holzland-Kreis (3)
21. Brauereitrunk (4)

Waagerecht

4. Saubere und nachhaltige Form der Energiegewinnung (11)
6. Natürliches Antibiotikum (9)
7. Dt. Wörterbuch (5)
8. Anzahl biologischer Geschlechter (4)
11. Erster deutscher Reichskanzler (8)
12. Glasbläserstadt (7)
16. Partei der Ökosozialisten (6)
17. Dt. Literaturnobelpreisträger (5)
18. Vergesslicher dt. Politiker (6)
19. Universitätsstadt in Thüringen (4)
22. Gewaltbereite linke Vereinigung (6)
23. Teilchenbeschleuniger (Genf) (4)

Robert Sesselmann
Justiz- und kommunalpolitischer Sprecher der AfD Fraktion im Thüringer Landtag
im Gespräch

Rechtsanwalt, Steinacher und seit 2016 Mitglied in der AfD, kümmert sich um die Kommunalpolitik. Er ist selbst im Kreistag des Landkreises und im Stadtrat Sonneberg.

Die Nähe zur Basis ist ihm ein Herzensanliegen. „Hier vor Ort in unserer Heimat gibt es viel zu erledigen. Die prekäre Situation des Klinikverbundes wird uns noch Jahre beschäftigen. Es gibt erhebliche Probleme, gerade im Bereich des Katastrophenschutzes , die es zu lösen gilt. Handwerker und Industrie müssen unterstützt werden. Die grünrote Politik vermag dies nicht", so Sesselmann. 2024 will Sesselmann in seiner Heimat kandidieren. „Ich freue mich auf einen interessanten Wahlkampf gerade in Neuhaus, Steinach, Schleusingen und Umgebung. Wir werden jede Ortschaft anfahren und freuen uns jetzt schon auf interessante Gespräche." Wir wünschen ihm viel Erfolg.

Wahlkreisbüro
Bahnhofsplatz 4a in 96515 Sonneberg
Telefon: 03675 42 71 710

Schon Goethe war hier, Charlotte von Lengefeld war verliebt…in die Weißenburg.

In der Nähe von Rudolstadt erhebt sich die Weißenburg hoch über dem Saaletal. Seit Januar 2017 ist das Schloss im Besitz der Familie Bernhardt und wurde seitdem liebevoll saniert. In dem historischen Gebäude entstanden ein Hotel mit Erlebnisgastronomie.

Aus der Schlossküche wird der kulinarisch anspruchsvolle Gaumen à la Carte oder vom Büffet verwöhnt. Im Sommer lockt der Biergarten mit einem grandiosen Blick über das Saaletal. Im Winter wird es in der urigen Schloßalm gemütlich.
Als Eventlocation eignet sich die Weißenburg hervorragend für Hochzeiten, Feste, Feiern, Jubiläen oder Begegnungen. Für den Gast bleibt kaum ein Wunsch offen. Gut betten, kann man sich dann in einem der 25 Zimmer des Hauses, um sich am Morgen an einem reichhaltigen Frühstück zu stärken.
„Nach Tisch gingen wir, Kästner und die Zwei, nach Weißenburg, wo eine ganz herrliche Gegend einzelne vollkommene Plätze sind….“
Goethe an Frau von Stein, im Jahre 1777

Es gibt ein Bleiben im Gehen
ein Gewinnen im Verlieren
im Ende einen Neuanfang
(Japanisches Sprichwort)

Ein zufriedener Teilnehmer der letzten Bundespressefahrt

Ich möchte mich bei der Leitung und besonders bei unserem Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann bedanken, dass ich an dieser sehr schönen und interessanten Fahrt nach Berlin teilnehmen konnte. Während dieser dreitätigen Fahrt hatte man ausreichend Zeit und Gelegenheit einen politischen Gedankenaustausch untereinander zu gestalten. Das stärkt unsrere Kraft, um unsere Interessen und politischen Meinungen immer stärker durchzusetzen.
Die AfD wird sich in der Zukunft bestimmt weiter festigen und ihre Inhalte und Zielstellungen erreichen. Die Tendenz ist für uns positiv. Immer mehr erkennen das die AfD eine starke Kraft ist und nicht mehr von der politischen Bühne weg zu denken ist.
Noch einmal herzlichen Dank an die beiden Organisatoren, die uns vor Ort bekleidet hatten, sie haben sehr gute Arbeit geleistet und besonders an sie Herr Michel Kaufmann meinen Abgeordneten im Wahlkreis die Besten Wünsche und Grüße.

Dietrich Burkhart

Die nächste Ausgabe von Kaufmann aktuell erscheint im März/April 23 mit einer Auflage von 60.000 Exemplaren.

Einen Leserbrief senden oder eine Anzeige schalten können Sie gerne bei Herrn Falko Graf unter:0157-53594614
oder E-Mail: michael.kaufmann.wk@bundestag.de

V.i.S.d.P. und Kontakt:
Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel.: +49 (0)30 227 73557
Fax: +49 (0)30 227 23 73557
E-Mail: michael.kaufmann@bundestag.de